

Offener Brief von Ralph T. Niemeyer

Vor dem Hamburger Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,

2. Februar 2014

natürlich ist die EU militaristisch und imperialistisch. Jeder kann es sehen wie undemokratisch die Entscheidungsstrukturen sind. Aber die nationalen Regierungen stehen in diesen der Brüsseler Lobbykratie in keiner Weise nach, sondern sind Urheber und Nutznießer zugleich.

Die zur Grundlage der EU gewordenen Verträge von Maastricht und Lissabon sind Neo-Liberalismus pur, aber sie wurden unter anderem in Berlin und Frankfurt erdacht, vor allem, um dem deutschen Kapital die optimale Verwertung zu ermöglichen. Wenn man sich die Osterweiterung betrachtet, dann wird es überdeutlich, daß der deutschen, chronisch unter Expansionszwang leidenden, Industrie um den Preis exorbitanter Schulden der neuen Mitgliedsstaaten ein Wirtschaftsraum unterworfen wurde, den Hitler mit Waffengewalt nicht beherrschen konnte. Die faschistischen, von deutschen Stiftungen und Staatsorganen unterstützten Putschversuche in der Ukraine geben Zeugnis davon.

Zugleich werden Kriege vorbereitet, aber dies nicht von Brüssel aus, sondern von den nationalen Regierungen, die sich höchstens im Gegensatz zu vor 100 Jahren besser bei der Beuteteilung abstimmen. European Defence Initiative in Zusammenarbeit mit Rüstungskonzernen wie EADS und Thales, diktieren den Regierungen ihre Wünsche. Was vor 81 Jahren der Düsseldorfer Industrie Club war, der Hitler auserkoren hatte das schmutzige Handwerk zu vollbringen, ist heute der European Roundtable of Industrialists.

Wie konnte es bloß soweit kommen? Ich erinnere mich an eine Begebenheit in Maastricht bei den Verhandlungen 1991 zur Europäischen Währungsunion. Damals war ich als Frankreich-Korrespondent dort und sah plötzlich Außenminister Dumas mit hochrotem Kopf aus dem Kaminzimmer stürmen, wo er mit Genscher gesessen hatte. Ich eilte ihm hinterher und er machte sich Luft: „Les Boches“, so nannte man in Frankreich die Deutschen während der Kriege, insbesondere während der Besetzung durch die Nazis, wollten den Vertrag zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaftswährung nur unterschreiben, wenn Frankreich der diplomatischen Anerkennung von Slowenien und Kroatien noch vor Weihnachten zustimme, behauptete der Minister. Auch der damalige US-Außenminister Warren Christopher bestätigte dies später in einem Interview mit mir. Da war es wieder: das Gespenst, welches in Europa immer wieder umgeht, nämlich das der deutschen Alleingänge. Der kurz zuvor erfolgten deutschen Wiedervereinigung stand Präsident Mitterrand skeptisch gegenüber, aber man trichterte ihm ein, daß die Europäische Währungsunion Deutschland von Großmachtallüren abhalten würde. Eine gigantischere Fehlkalkulation ist kaum denkbar.

Das deutsche Selbstbewußtsein wurde vor allem in der rot-grünen Regierungszeit gestärkt. Schröder nannte laut International Herald Tribune 1999 „Germany: A great Power again“.

Völkerrechtlich illegale und nach deutschem Recht strafbare Beteiligungen an Angriffskriegen gegen Serbien und Afghanistan wurden von Schröder und Fischer mithilfe von unsäglichen historischen Vergleichen „kein zweites Auschwitz“ zuzulassen und mit Lügen über eine angeblich von den

Amerikanern eingeforderte „uneingeschränkte Solidarität“ legitimiert. Als nächstes werden größere Einsätze folgen, daran besteht kein Zweifel, denn am Horn von Afrika ist inzwischen mehr Kriegsgerät versammelt, als während des zweiten Weltkrieges an irgendeinem Ort. Natürlich wird es in vielen afrikanischen Staaten bei Stellvertreterkriegen gegen China um Rohstoffe zum Einsatz gebracht werden. Bundespräsident Gauck segnet inzwischen deutsche Waffen und fordert deren weltweiten Einsatz. Auf zynische Weise erfüllt er damit die Aufrüstungsklausel des Vertrages von Lissabon. Schon unter Rot-Grün wurde der deutsche Waffenexport verdoppelt, logischerweise hauptsächlich in Krisenregionen, denn nur dort läßt sich der Absatz ständig steigern. Der als Drogenkrieg deklarierte Kampf der Mexikanischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung, die die Nase voll hat vom menschenverachtenden Hungerprogramm der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) spült Milliarden in die Taschen deutscher Unternehmen. Auch das Transatlantische Freihandelsabkommen wird sich nicht ohne Waffengewalt und Blutvergießen umsetzen lassen.

Und es ist auch jener vorgebliche Bürgerrechtler und Freiheitskämpfer der DDR, der seltsamerweise vor 1989 mit seiner Familie in den Genuß von regelmäßigen Westreisen gelangte, der die Occupy-Bewegung als „unsäglich albern“ bezeichnete und angesichts der S-21 – Proteste vor einer „Protestkultur“ warnte, die „aufflammt“, wenn es um den eigenen Vorgarten gehe. Letzten Monat ließ Herr Gauck dann die Maske fallen: er lobte ausdrücklich den Neo-Liberalismus als die bestmögliche Wirtschaftsform. Wenn es mal wieder anders kommt, können wir ihn ja zur Verwaltung der Akten des untergegangenen Regimes bestimmen, er hat sich ja schon einmal als freundlicher Kollaborateur bewiesen.

Seine Dialektik ist insofern konsequent, als daß dieses Wirtschaftsmodell unweigerlich zu Überschuldung der öffentlichen Hand führt, welche in sozialem Kahlschlag, ruinösem Wettbewerb und schließlich bewaffneten Konflikten führt. Nach Außen sind dies Hegemonialkriege, nach Innen Verteilungskämpfe, die letztlich zu Sozialdarwinismus und Faschismus führen.

Die Bundeskanzlerin hat im Gegensatz zu ihrem früheren Finanzminister und Herausforderer Peer Steinbrück keinerlei Durchblick und offenbart dies auch in frappierender Weise jedesmal, wenn ich ihr eine Frage stelle. Steinbrück hingegen ist einfach nur abgebrüht, indem er sich von der Finanzindustrie für sein Regierungshandeln hat belohnen lassen. Eigentlich hätten hier die Handschellen klicken müssen. Was er auf meine konkreten Vorhalte äußert ist jedenfalls entlarvend.

Es ist bezeichnend, daß am 15. Januar diesen Jahres EU Kommissionspräsident Barroso in einem Interview mit mir unumwunden zugab, daß die in Hamburg erprobte „Gefahrenzone“ europaweit als Strategie zur Bekämpfung von „linksradikalem Extremismus“ durchgesetzt würde. FRONTEX ist das brutale Grenzregime der EU. Mehr Menschen sterben jedes Jahr an den EU-Außengrenzen, als in den 28 Jahren der als „Mauer“ bezeichneten D-Markationslinie zwischen unseren beiden deutschen Staaten. Zynisch könnte man sagen, es sei den Flüchtenden egal, ob sie von vorne oder von hinten erschossen würden. Sicher ist jedenfalls, daß die Machterhaltungsganoven des untergehenden Regimes sich mit aller Macht an jeden Strohalm klammern werden und auch davor nicht zurückschrecken werden, den Platz des Himmlischen Friedens nach Berlin, Hamburg, Frankfurt, Brüssel, Madrid oder Athen zu verlegen.

Angesichts der Neubestellungen von Wasserwerfern, des Trainings von BundeswehrsoldatInnen mit paramilitärischen Strategien oder Provokationen wie im Schwarz-Grün regierten Frankfurt am Main bei unseren Blockupy Protesten und zuletzt durch Hamburg's SPD nimmt sich unsere Debatte um

Programme aus wie der berühmte Ausspruch von Lenin von wegen des Bahnhofes und der Revolution in Deutschland.

Vor kurzem wurde ruchbar, daß der wegen Korruption verurteilte Professor Hartz als Chefberater für die „Arbeitsmarktreformen“ des Französischen Präsidenten einen weiteren deutschen Exportschlager darstellen wird. Und, ebenfalls an diesem Tag verleugnete der Griechische Ministerpräsident Samaras mir gegenüber jeglichen wie auch immer gearteten Druck seitens von internationalen Banken, allen voran der Deutschen Bank AG, UBS, Nathan Meyer Rothschild, HSBC und Hedgefonds wie Blackrock, die laut ARD ein Schattenbankensystem errichtet haben, und stritt ab, daß es irgendwelche Interessenkonflikte in Bezug auf die Verschönerung des griechischen Tafelsilbers gäbe. Die Feststellung, daß das deutsche Kapital den zweiten Weltkrieg gewonnen hat, wird langsam aber sicher „Mainstream“. Dies zu äußern, das habe ich als Journalist in drei Jahrzehnten erfahren müssen, kann einen auch im ‚freien Westen‘ ins Gefängnis bringen. In unverblümten Diktaturen werden Regimekritiker als politische Häftlinge eingekerkert, bei uns in einer formalen Demokratie wird man „Mollathisiert“.

Nun verhält es sich ja im Finanzkapitalismus, ebenso wie bei Freihandelsabkommen ähnlich wie im Nuklearkapitalismus: niemand würde den Wahnsinn betreiben, wenn es nicht um von den freien Märkten geforderte ständig steigerebare Profitraten gehen würde. Kein Atomreaktor würde betrieben, wenn die Kosten für den Müll oder gelegentliche Unfälle eben nicht die Allgemeinheit über Steuern und Staatsschulden tragen würde, sondern die Eigentümer selber, es sei denn, es geht, und das ist wohl die Wahrheit, um militärischen Nutzen, und kein Casino würde einen Spieler am Tisch dulden, der um Kredit bitten müßte und dann seine Schulden nicht begleichen könnte. Der würde doch in Beton gegossen! Warum also sollen sich Bürgerinnen und Bürger auf eine Art privatisierten Keynesianismus einlassen, wenn sich das System nur auf Profitmaximierung mit immer schnellerem Umschlag von immer kurzlebigeren Gütern zulasten der Nachhaltigkeit stützt? Aber, liebe Genossinnen und Genossen, hier kommen wir doch zu des Pudels Kern: wenn eine ständig gesteigerte Profitrate Wachstum um jeden Preis verlangt, dann verhandeln wir doch nicht um die Höhe des Preises, sondern stellen das System in Frage!

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen, eben diese Frage konsequent im Europaparlament und gegenüber der EU Kommission als Abgeordneter und nicht wie in den vergangenen 10 Jahren bloß als Journalist aufwerfen zu können, denn es ist das System und nicht die Frage wie die Währung heißt unter der Ausbeutung und Kriege stattfinden.

Solidarisch-herzliche Grüße,

Euer



Ralph Ullrich

